



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Strommarkt braucht eindeutige Wettbewerbsregeln

Vorbemerkung

Das Bundeskabinett hat am 28.07.2004 den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechtes (Energiewirtschaftsgesetz – ENWG) beschlossen. Die Strom- und Gasversorgung in Deutschland soll damit einen neuen Rechtsrahmen erhalten. Die Neufassung des Artikel-Gesetzes trägt den neuen EU-Binnenmarktvorgaben, d.h. der Elektrizitätsrichtlinie und der Gasrichtlinie, Rechnung. Die EU-Richtlinien erfordern insbesondere regulierende Vorgaben für den Netzbetrieb einschließlich Regulierungsbehörde und Regeln zur Entflechtung des Netzbetriebs.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Berücksichtigung folgender Belange zum Energiewirtschaftsgesetz einzusetzen:

Um einen echten Wettbewerb zu ermöglichen, muss die Regulierungsbehörde auf einer eindeutig normierten Grundlage arbeiten. Ziel ist es, tatsächlichen Wettbewerb zu ermöglichen wie sicherzustellen.

- Es besteht nach wie vor die Notwendigkeit einer Vorabgenehmigung der Stromtarife, wie im jetzt gültigen Gesetz. Ein funktionierendes Vergleichsmarktkonzept muss Anreize zu niedrigeren Preisen geben. Die Abschaffung der Genehmigungspflicht für Stromtarife ist daher zurückzunehmen.
- Sofern es bei der beabsichtigten Abschaffung der Tarifpreisgenehmigung bleibt, muss eine Ausweitung der Vergleichskriterien im Bereich der Netznutzung erfolgen.
Die Netznutzungsentgelte der deutschen Netzmonopolisten gelten als über-

höht, und sind daher als Maßstab ungeeignet. Die Ausweitung der Vergleichskriterien unter Einbeziehung der EU-Ebene ist notwendig, da die Regulierungsbehörde gemäß dem Gesetzentwurf nur einschreiten darf, wenn die verlangten Gebühren höher sind als die durchschnittlichen Entgelte vergleichbarer Netzbetreiber.

- Netznutzungsentgelte müssen auf der Grundlage einer nachprüfbaren Kosten- und Erlösbewertung berechnet werden.

Roswitha Müllerwiebus
Wilhelm Malerius
und Fraktion

Detlef Matthiessen
und Fraktion